

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	22 (2002)
Heft:	43
Artikel:	Nach der Niederlage der französischen Linken : Chancen für die globalisierungskritische Bewegung
Autor:	Steinhilber, Jochen
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-652279

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der Niederlage der französischen Linken

Chancen für die globalisierungskritische Bewegung

Östlich des Rheins werden die diversen Wahlskurrilitäten, aber auch die in den letzten Jahren in Frankreich immer wieder aufflammenden sozialen Auseinandersetzungen gerne als Bestandteil einer spezifisch gallischen politischen Folklore gedeutet. Doch die Konflikte seit Anfang der 90er Jahre, die sich zumeist lauter und in schärferer Form als in anderen Ländern artikulieren sowie die damit verknüpften sehr unsteten Wahlausgänge lassen sich nicht leichtfertig als jakobinische Kontinuitäten oder demokratische Extravagansen abtun. Sie sind vielmehr Ausdruck einer sozial und politisch „erschöpften Gesellschaft“ (van der Pijl 1997, 29) und der bisher erfolglosen Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell, in dem sich die wirtschaftliche Modernisierung nicht auf Kosten der sozialen Konsolidierung vollzieht.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich die „französische Malaise“ zwar nicht wesentlich von den Problemlagen in anderen Ländern der Europäischen Union: Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut, öffentliche Verschuldung sowie soziale Ausgrenzung und Polarisierung prägen auch dort die gesellschaftliche Realität. In Frankreich jedoch werden diese Krisenphänomene nicht nur enger mit dem ökonomischen Europäisierungs- und Globalisierungsprozess verknüpft. Die Verbindung beider Fragen, d.h. das Verhältnis zwischen „*fracture sociale*“ und „*mondialisation*“ und die daran anknüpfende Frage der politischen Gestaltungsfähigkeit angesichts ökonomischer Sachzwänge wurden zudem zum zentralen Gegenstand innergesellschaftlicher Konflikte (vgl. ausführlich zu den Gründen Ross 1998; Steinhilber 2000a). Die Sensibilisierung für die globalisierungskritischen Kernfragen paarte sich mit einer wachsenden Skepsis gegenüber dem Willen und der Fähigkeit der etablierten Parteien und Organisationen, politische Lösungen auf diese Fragen zu formulieren („*fracture civique*“). Von Chiracs „sozialgaullistischem“ Programm und seiner unmittelbaren Kehrtwende 1995 über die darauf folgende Protestbewegung und die Wahl der gauche plurielle 1997 bis zu ihrer Niederlage im Mai 2002 zieht sich das Zusammenspiel dieser beiden Entwicklungen wie ein roter Faden durch die politischen Auseinandersetzungen in Frankreich. Dort lässt sich auch das ganze Spektrum von gesellschaftlichen „Antworten“ auf diese Doppelkrise von *fracture civique* und *fracture social* finden, das von tiefer politischer Apathie und Stimmenthaltung über Protestwahlen bis zur massiven außerparlamentarischen Organisation reicht.

Auch die zahlreichen Paradoxien der jüngsten Wahlen in Frankreich legten den Blick auf eine verunsicherte Gesellschaft frei: Le Pen, der mit seinem Einzug in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen den heftigsten Ausschlag auf der demokratischen Richterskala verzeichnete, fiel in den

Legislativwahlen mit einem schwächeren Ergebnis als 1997 durch. Der „Le Pen-Schock“ machte wiederum aus Chirac, der im ersten Wahlgang das schlechteste Ergebnis eines künftigen Präsidenten einfuhr, den – formal – stärksten Staatschef in Frankreich seit langem. Dass im Duell gegen den „Superfascho“ Le Pen ausgerechnet der mit zahllosen Affären belastete „Superlügner“ Chirac¹ in die Rolle des Retters der Republik wuchs, ist nur eine weitere Illustration der „schizophrénie hexagonale“. Und schließlich folgte dem „politischen Erdbeben“ der Präsidentschaftswahlen ähnlich wie in der „Wahl der Angst“ 1968 eine von der Räson der Sicherheit geprägte Parlamentswahl, die das unübersichtliche politische Spektrum² zu einer in der Assemblée Nationale fast bipolaren Parteienlandschaft von Gaullisten und Sozialisten lichtete. Die einzige wirklich frappierende Kontinuität war dagegen die durchgehend hohe Zahl der Nichtwähler, die trotz des kurz aufflammenden zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Elans mit knapp 40 Prozent auch in den letzten Wahlgängen neue „Rekordmarken“ erreichte.

Für klare Verhältnisse sorgte die Wahl freilich bei der parlamentarischen Linken (vgl. zu den Ergebnissen im einzelnen von Oppeln 2002). In allen „Palästen der Republik“ geben nun die Gaullisten den Ton an und die Linke ist – machtpolitisch betrachtet – auf die Zeit vor Mitterrand zurückgeworfen: Im Palais de l’Elysée und im Hôtel Matignon regieren Chirac und sein neuer, sich volkstümlich gebender Ministerpräsident Raffarin, gestützt von einer Senatsmehrheit im Palais du Luxembourg und einer Zweidrittelmehrheit bei den Abgeordneten im Palais Bourbon. Hier stehen 399 rechte Abgeordnete – davon allein 369 von der neuen Präsidentenpartei UMP – 177 Vertretern der Linken gegenüber. Eine Neuauflage einer – oppositionellen – gauche plurielle wird es nicht geben. Abgesehen davon, dass mit dem Rücktritt Jospins (PS), den persönlichen Wahlniederlagen von Hue (PCF), Voynet (Les Verts) und Chevènement (Pôle Républicain) sowie dem Wechsel von Baylet (PRG) in den Senat keiner ihrer Architekten in der neuen Assemblée Nationale vertreten sein wird, sind dem PS auch schlicht die Partner abhanden gekommen.

La gauche plurielle – eine zwiespältige Bilanz

Die plurale Linke, der die Diskreditierung des konservativ-liberalen Lagers und der Sog der sozialen Mobilisierung 1997 zur Macht verhalfen, hatte sich – wie zuvor bereits Chirac – zum Ziel gesetzt, von dieser technokratischen Ideologie der pensée unique, des ökonomisch-politischen Einheitsdenkens, abzurücken. Statt dem Credo der Neoliberalen zu folgen, nach dem es angesichts der hohen sozio-ökonomischen Steuerungskomplexität zum normalen Lauf der Dinge gehöre, dass der politische Wille keinen Zugriff mehr auf die ökonomische Realität hat, sollten Reformprojekte den politischen Handlungsspielraum unter Beweis stellen (Cole 1999). Tatsächlich unterschied sich die Programmatik Jospins auf den ersten Blick von den dominierenden (sozialdemokratischen) Tendenzen in Westeuropa und nach Jahren der Anpassung schien das jakobinisch-etatistische Frankreich –

zumindest im Spiegel zahlreicher Kommentatoren – wieder fröhliche Urstände zu feiern. Im Unterschied zum Dritten Weg à la Blair setzte die Regierung zunächst auf einen diskreten Keynesianismus, der die – wenn auch engen – nationalen steuer- und konjunkturpolitischen Handlungsspielräume nutzten sollte, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Um für einen Ausgleich zwischen Markt und politischer Regulierung zu sorgen, wollte der Premierminister komplementär dazu auch die europäische Ebene wieder stärker in die Pflicht nehmen und erzielte mit dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung zumindest einen symbolischen Erfolg. Weiter stellte Jospin mit einer Reihe von Initiativen wie dem Jugendbeschäftigungsprogramm, der 35-Stunden-Woche sowie steuerpolitischen Akzenten zu Lasten des Kapitals und für mehr Verteilungsgerechtigkeit augenscheinlich unter Beweis, dass es auch unter der Ägide der haushaltspolitischen Konvergenzkriterien der EU nach wie vor einen gewissen Grad an soziopolitischem Gestaltungsspielraum gibt. Die Einführung einer generellen medizinischen Grundversorgung (CMU), die gesetzliche Verankerung der Geschlechterparität sowie die Anerkennung der außerehelichen Partnerschaften (PACS) rundeten die Reformbemühungen der Regierung ab.

Obwohl von den „Modernisierungsfraktionen“ der europäischen Sozialdemokratien als Griff in die „Mottenkiste“ des wirtschaftspolitischen Arsenals der 70er Jahre tituliert, war die Politik der *gauche plurielle* dennoch erfolgreich. Zwar haben sich in letzter Zeit auch in Frankreich die volkswirtschaftlichen Daten verschlechtert. Doch muss es das in Europa so beliebte politische Benchmarking nicht scheuen. Mit niedrigen Inflations- und hohen Wachstumsraten, einer geringen Neuverschuldung, zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen und einem signifikanten Rückgang der Arbeitslosigkeit von 12,5 auf zwischenzeitlich 9 Prozent machte Jospin im Kreis der europäischen Regierungschefs eine gute Figur.

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge ist die Wahlniederlage nicht bloss einer verfehlten Marketingstrategie sozialistischer spin doctors geschuldet. Ungeachtet der Rhetorik Jospins, die etatistischer, weniger liberal und sozialer gefärbt war als die seiner europäischen Pendants, entpuppte sich seine Politik dennoch als wesentlich mehr „blairiste“, als es zunächst den Anschein hatte. So wurde der strategische Pragmatismus der Regierung z.B. in der Frage der Privatisierungen deutlich. Während sich der PS bis 1997 dafür aussprach, die Privatisierungen zu stoppen und faktisch zu einer Situation des „ni-ni“ (weder Privatisierung noch Nationalisierung) zurückzukehren, rückte die Regierung sehr schnell von dieser Position ab. Sie unterschied nun zwischen einem *öffentlichen Sektor*, der der Marktlogik unterworfen wird, und einem *öffentlichen Dienst*, in dem die gesellschaftliche Bedeutung des Unternehmens im Vordergrund stehen soll (z.B. bei der Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie der Eisenbahn). Bereits im Jahre 2000 lag der Umfang der Privatisierungen mit dem Erlös von 127 Milliarden Francs deutlich über den 70 Milliarden der Ära Chirac (1986-88). Mit der Teilprivatisierung von France Télécom erfasste der Prozess freilich auch schon die Kernbereiche des öffentlichen Dienstes.

Auch das zweischneidige Ergebnis der 35-Stunden-Woche ist instruktiv dafür, wie die „Marktfreiheiten“ durch die Hintertüre eingeführt wurden. Die ersten Zwischenergebnisse zeigen, dass die Ausgestaltung der 35-Stunden-Woche zwar zu bisher ca. 400'000 neuen Arbeitsplätzen führte, gleichzeitig jedoch das Spektrum an Flexibilisierungsmaßnahmen für die Arbeitgeber beträchtlich erweitert hat. Nicht zuletzt diese Entwicklung führte zu einem in den letzten Jahren explosionsartigen Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse vor allem in den unteren Beschäftigungssegmenten (Steinhilber 2000b, 270f). Sicher, das marktliberale und monetaristische Signum der ökonomischen Integration Europas ist kein günstiges Vorzeichen für eine linke Regierung. Doch deutet einiges darauf hin, dass die klassische sozialdemokratische Rhetorik vom starken öffentlichen Dienst (trotz Privatisierungen), von der sozialen und materiellen Sicherheit des Individuums (trotz Flexibilisierung) und vom universalen Wohlfahrtsstaat (trotz starker Bemühungen um die kapitalgedeckte Rente) in erster Linie dazu diente, Frankreich subtil auf einen politischen Kurs zu führen, den die Bevölkerung heute noch mehrheitlich ablehnt.

Schwerer wiegt jedoch, dass die Linksregierung zuletzt insgesamt den Eindruck erweckte, diese widersprüchliche Melange ihrer Politik nun endgültig zugunsten eines „Dritten Wegs“ auflösen zu wollen, der sich z.B. in Fragen der Bildungs-, Steuer- und Rentenpolitik unverhohlen an New Labour anlehnt. Die Konturen eines alternativen linken politischen Projektes verwischten in den letzten Monaten immer mehr und verschwanden im Wahlkampf schließlich ganz. Offensichtlich war die plurale Linke nicht mehr gewillt, an den Esprit der Wahlkämpfe von 1995 und 1997 anzuknüpfen und über die einzelnen Erfolge hinaus eine konkrete Vorstellung eines solidarischeren europäischen und damit auch französischen Gesellschaftsmodells zu entwerfen. Inspiriert von den eher marktliberalen Positionen der Vertreter der sogenannten „zweiten Linken“ Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius, verführt durch die Hoffnung auf Wahlerfolge in einer imaginierten „Neuen Mitte“ und fixiert auf das tête à tête mit Jacques Chirac fehlte dem Wahlkampf Jospins jegliches Profil. Drei Viertel der Franzosen und Französinnen konnten zwischen der Programmatik des sozialistischen Herausforderers und des amtierenden Präsidenten keine großen Unterschiede feststellen. So nahm Jospin bei der Privatisierung der Stromgesellschaft EDF, in der Frage der Pensionsfonds sowie in der Steuerpolitik nun genau die entgegengesetzte Position zu 1997 ein. Er, der vor fünf Jahren noch einen Kampf um ein politisches und soziales Gegengewicht zur ökonomischen Integration führte, beschränkte seine europapolitischen Visionen darauf, sich gegenüber Chirac als der rigider Haushalter zu profilieren. Prekarität, Armut und soziale Ungerechtigkeit, die im Gegensatz zur – freilich weiterhin hohen – Arbeitslosigkeit nicht ab- sondern zugenommen haben, schien den Sozialisten keine Debatte mehr wert zu sein. „Anders präsidieren“ lautete der Slogan Jospins. Zu mehr als zu politischen Stilfragen wollte er sich in seinem Kampf um die Mitte auch nicht hinreißen lassen.

Der Mangel an inhaltlicher Zielbestimmung war nicht nur ursächlich für das wahlaktische Fiasko der PS und ihres Spitzenkandidaten. Zusammen mit der unterschätzten sozialen Krise verschärfte dies auch die *fracture civique*. Mit der Stimmenthaltung weiter Teile des Wählerpotentials des PS, der regelrechten Fahnenflucht ehemaliger KP-Anhänger zum Front National und einer insgesamt extrem hohen Wahlnethaltung der „classe populaire“ wurde deutlich, dass die Repräsentationskrise vor allem das ehemalige linke Wählerklientel betrifft: Erste soziodemographische Analysen (Courtois 2002) zeigen, dass 59 Prozent der Arbeitslosen, 44 Prozent der Arbeiter, 40 Prozent der einfachen Angestellten, 46 Prozent der 18-24jährigen und 51 Prozent der 25-34jährigen dem ersten Wahlgang der Parlamentswahlen ferngeblieben sind. Zwar ist der breite gesellschaftliche Unmut über die Angriffe auf den Sozialstaat, den öffentlichen Dienst und die millionenfache Lebenswirklichkeit der „pétites misères“ (Bourdieu 1998) nicht weniger geworden. Doch verband sich mit der gauche plurielle diesmal keine Hoffnung mehr auf Besserung.

„Eine andere Welt ist möglich“ – die globalisierungskritische Widerstandsbewegung mobilisiert³

Die programmatischen Leerstellen führten jedoch nicht nur zu Abstention und Apathie. Sie schufen auch ein politisches Vakuum, in dem sich Protestbewegungen entfalten konnten. Spätestens seit den Streiks 1995 erscheint Frankreich als eine in Teilen „mobilisierte Gesellschaft“ in der sich die institutionellen und politischen Räume für eine populäre linke Gesellschaftskritik öffneten und sich erste Allianzen sozialer Akteure (z.B. zwischen einzelnen Gewerkschaften, Intellektuellen, Arbeitslosenorganisationen und Studierenden) abzeichneten. An diese Koalitionen knüpft die – freilich sehr heterogene – globalisierungskritische Bewegung an. Während in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem die massiven Proteste in Seattle, Prag oder Genua zum Gesicht und Synonym des Widerstands wurden, ist Frankreich ein gutes Beispiel für das „globalisierungskritische Alltagsgeschäft“ (Steinhilber 2002). Das Label der Globalisierungskritik führen hier relativ lose Netzwerke wie bürokratisch organisierte Verbände, (ehemals) massenintegrative Apparate wie Intellektuellenzirkel, spontane Gruppen wie Organisationen der politischen Willensbildung. Und auch der Erfahrungshorizont der Akteure reicht von Wissenschaft, Publizistik und klassischer Gewerkschafts- und Parteipolitik, linkschristlichen sowie laizistischen Organisationen über Arbeitslosen-, Obdachlosen- und Antirassismusinitiativen bis zu Bauernprotesten. Neben Attac gehören zu den bekanntesten Vertretern die Gewerkschaften SUD und CGT, die Bauerngewerkschaft CP von José Bové, die Arbeitslosenorganisationen AC, APEIS und MNCP, Initiativen gegen soziale Ausgrenzung wie Droit au logement und droits devant, die Antirassismusorganisation MRAP, Zeitschriften und Intellektuellennetzwerke wie Le Monde Diplomatique, raisons d’agir und Témoignage chrétien sowie verschiedene Abgeordnetengruppen.⁴

Angesichts der Heterogenität ist es nicht verwunderlich, dass die Akteure bisher in erster Linie eine „Negativkoalition“ (Rucht 2001) bilden, die sich gegen die neoliberalen Formen der Globalisierung richtet. Diese führte, so die Vizepräsidentin von Attac Frankreich Susan George (1999, 5), zu einer „Entmachtung der Politik“. Institutionen wie WTO, Weltbank und IWF bildeten einen „künstlichen Weltstaat ohne gesellschaftliche Grundlage“, der präzise den demokratischen Einfluss auf ökonomische Entscheidungen begrenzt, damit „Sachzwänge“ konstituiert und die politische Verantwortlichkeit für die Wirtschafts- und Sozialpolitik von sich weist. Entgegen der abstrakten Rede von der Unvermeidlichkeit der Globalisierung identifizieren die Kritiker diese Form der Globalisierung als ein politisches Projekt, dessen Gewinner und Verlierer benannt werden können und das grundsätzlich durch soziales Handeln korrigiert werden kann. An dieses globalisierungskritische „master frame“ knüpfen nun die unterschiedlichen Teilperspektiven der Organisationen an und versuchen „Globales“ mit „Lokalem“, d.h. die Kritik an GATT, GATS und TRIPs mit eigenen Prekaritätserfahrungen zu verknüpfen. Leicht zu erkennen ist diese Verbindung z.B. in der Kritik José Bovés (Bové/Dufour 2000) an den multinationalen Lebensmittel- und Life-Science-Konzernen. Sie zielt im Kern auf die zunehmende Kommodifizierung der Ernährung ab, die durch eine nach industriellen und finanziellen Vorgaben standardisierte Agrarwirtschaft, durch den vermehrten Einsatz gentechnologisch manipulierter Organismen sowie die Agrarabkommen der GATT weiter vorangetrieben wird. Die Kritik am globalem Agrarhandel verbinden die neuen Bauerngewerkschaften nun mit der wachsenden Sensibilität der Verbraucher gegenüber der Qualität der Nahrungsmittel.

Im Kampf gegen das „bouffe de merde“ (den „Scheissfraß“) entstehen so neue Koalitionen zwischen Erzeugern und Konsumenten. Doch geht es freilich nicht nur um Lebensmittelsicherheit, sondern auch um ein Stück französische Identitätspolitik. Der Zwist zwischen dem „Roquefort libre“ aus dem Larzac und den Fast-Food-Burgern, die als das kulinarische Tschernobyl schlechthin gelten, wird – nicht ohne einen deutlichen anti-amerikanischen Grundton – häufig als spezifisch amerikanisch-französischer clash of civilizations inszeniert. Ein ähnlich „glokal“ Politikmix (Altvater) findet sich in den Kampagnen gegen die Pensionsfonds, in der die recht abstrakte Kritik an den Auswirkungen der Finanzmärkte popularisiert wird, sowie in zahlreichen lokalen Initiativen gegen die Privatisierung kommunaler Versorgungswerke, in denen die Proteste gegen die GATS-Abkommen konkretisiert werden.⁵ Diese Anbindung der Globalisierungskritik an den „anarchischen Syndikalismus der lokalen Interessen“ und die Identitätspolitik der „Verteidigung gewachsener Strukturen“ führte in den letzten Jahren zu einer breiten mobilisierungsfähigen sozialen Basis (Grefe et al. 2002, 121).

Während der Neoliberalismus den kollektiven Gegner konstituiert, gibt es eine solche Klammer für gemeinsame alternative Lösungsansätze (noch) nicht. Unter dem Motto „Entwaffnet die Märkte“⁶ konnten sich die Globalisierungskritiker zusammenfinden.

lisierungskritiker allenfalls für den Bereich der Finanzmärkte auf einen kohärenten Forderungskatalog verständigen. Neben der mittlerweile berühmten Tobin-Steuer gehören zu den hier formulierten „Bremsregeln“ für die internationalen Finanzmärkte u.a. auch die Austrocknung der ca. 60 Steueroasen – den „Rotlichtzonen“ des Kapitals – sowie eine strengere Banken- und Börsenaufsicht. Auch das Gros der anderen Forderungen zielt weniger auf eine grundsätzliche Kapitalismuskritik als vielmehr darauf ab, die Interventionsfähigkeit demokratisch legitimierter Regierungen gegenüber den globalen Märkten wieder zu stärken (Attac 2002). Zwar gibt es zwischen den unterschiedlichen globalisierungskritischen Strömungen in Frankreich erhebliche Differenzen, so z.B. zwischen den „Souveränisten“, die eher dazu neigen, den Nationalstaat zu stärken, und anderen, die demokratische und soziale Reformen auf der globalen Ebene anmahnen. Im Unterschied zu vielen deutschen oder italienischen Gruppen verfolgen sie jedoch gemeinsam eine – auf der nationalen oder globalen Ebene angesiedelte – etatistische Lösung des Problems „Neoliberalismus“ mit der Forderung, der von staatlicher Kontrolle befreite Kapitalismus müsse wieder politische und gesellschaftlich „eingebettet“ (Polyani) werden. In den Sozialforen von Porto Alegre wird deshalb das Gros der französischen globalisierungskritischen Bewegung eher zum „reformistischen“ Lager gezählt.

Wichtiger jedoch als präzise Forderungen und der Streit über Radikalität und Reformismus dürfte in der momentanen Formierungsphase der von Attac formulerte Anspruch einer „aktionsorientierten Volksbildungsbewegung“ sein. Im Rahmen einer „ökonomischen Alphabetisierungskampagne“ wurden auf Kongressen, Sommeruniversitäten und in lokalen Lese-gruppen sperrige politökonomische Themen aufbereitet und diskutiert. Zahlreiche Broschüren und kompakte Taschenbücher aus neuen Verlagen wie 1001 Nuits und Liber informieren über die unterschiedlichsten Aspekte der Globalisierung und ihre Alternativen. Das aktivierende Bildungsangebot („comprendre pour agir“) verbindet so inhaltliche Arbeit mit konkreten Aktionen: „Attac France, das ist die Mischung aus enzyklopädischem Aufklärungspathos und gelegentlichem Stürmen der Bastille (...“ (Grefe et al. 2002, 116). Damit wurden erste Risse in den Mythos vom (neoliberalen) Ende der Geschichte gesprengt, die zumindest das Bewusstsein für die Möglichkeit eines alternativen EntwicklungsmodeLLs geschaffen haben. Die globalisierungskritische Bewegung in Frankreich eröffnete so für zahlreiche Menschen politische Erfahrungs- und Lernprozesse, für die die parlamentarische Linke heute weder die Foren noch die Programmatik bietet.

Daran wird sich aller Voraussicht nach auch in nächster Zeit nichts ändern. Im Gegenteil: Nachdem sich der Parti Socialiste in den letzten Jahren zwischen Davos und Porto Alegre nicht entscheiden wollte (immerhin neun Minister Jospins waren auf dem Sozialforum vertreten), mehren sich die Anzeichen, dass ihm die Schweizer Berge nun doch näher sind. Mit dem Abgang Jospins und mit dem Sturz der kommunistischen Partei in die Bedeutungslosigkeit könnte damit auch das Schicksal der „ersten“ bzw.

„traditionellen“ Linken in Frankreich besiegt sein. Es werden die Stimmen lauter, die fordern, dass nun die alten Zöpfe endlich abgeschnitten werden müssten.⁷ Dazu gehört in erster Linie der Ruf nach einer „Säkularisierung“ der Partei (Alain Touraine), d.h. nach der Abkehr von einem umfassenden transformativen Gesellschaftsprojekt und der Auflösung der institutionalisierten linken Strömungen innerhalb des PS. Die Grünen sollten nach den Vorstellungen von Fabius und Strauss-Kahn, aber auch von Cohn-Bendit dem Drang zur politischen Mitte ebenfalls nachgeben und – angesichts des Parteienzusammenschlusses auf der Rechten – das Fundament einer neuen schlagkräftigen Mitte-Links Partei bilden. Der PCF wird dem kaum etwas entgegensetzen können und kommt auch in den strategischen Überlegungen nicht mehr vor. Die Wahlen 2002 dürften einen mit dem Aufstieg Mitterrands 1971 eingeleiteten Zyklus vollendet haben, der zu einem Vertrauensverlust der classe populaire gegenüber der Linken und zu einem schleichenden Tod des PCF führte. Weder die Fortsetzung der Sozialdemokratisierung noch der Rückgriff auf eine Identitätspolitik werden an der Situation der KP etwas ändern können. Sie hat – wenn überhaupt – nur dann eine Chance, wenn sie sich wie Teile der Gewerkschaftsbewegung stärker mit den sozialen Bewegungen verzahnt.

Ohne Zweifel hat die parlamentarische Linke im gegenwärtigen französischen System nur dann eine Chance, wenn sie dauerhaft ihrer Zersplitterung entgegenwirkt. Ihre Neuzusammensetzung und Wiedererstarkung können jedoch nicht auf der Grundlage einer hegemonialen Vereinnahmungsstrategie eines PS erfolgen, der sich immer weiter von den realen Kämpfen in Frankreich entfernt, sondern muss politisch bestimmt und – mit den sozialen Bewegungen – erstritten werden. Angesichts der gestärkten Position der Sozialisten als einzige verbliebene Oppositionskraft, in der zudem künftig die „zweite Linke“ den Ton angeben wird, sind hierfür die Chancen nicht unbedingt gestiegen. Was bleibt, sind die globalisierungskritischen Akteure. Sie dürften – bei aller Widersprüchlichkeit – auf absehbare Zeit in Frankreich die einzigen sein, die der einseitigen ökonomischen Globalisierung des Mittekonsenses und der nationalen Präferenz eines Le Pens – dem wahren *Anti-Globalisierer* – nennenswerten Widerstand entgegensetzen. Mit ihrer politischen Praxis, ihrem Glauben an soziale Veränderung und einem langen Atem könnte es ihnen gelingen, diejenigen zu erreichen, die die Hoffnung auf Lösung ihrer Probleme in einem wirtschaftsliberalen Europa und einer globalisierten Ökonomie aufgegeben hatten und sie zuletzt in der Resignation oder in der Hoffnungslosigkeit eines fremdenfeindlichen Nationalismus suchten.

Anmerkungen

- 1 So die Bezeichnung der beiden Finalisten in französischen Satireblättern.
- 2 Noch nie traten bei französischen Wahlen so viele Parteien und Präsidentschaftskandidaten an. Allein das Spektrum der grünen Parteien umfasste in manchen Wahlkreisen

sieben Organisationen. Die drei Parteien, die sich zum trotzkistischen Spektrum rechneten, wurden ebenfalls Opfer der „Räson der Sicherheit“. Während Lutte Ouvrière, die Ligue Communiste Revolutionnaire und die Parti Travailleur bei den Präsidentschaftswahlen noch 10.6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten, stürzten sie in den Parlamentswahlen auf 2.8 Prozent ab.

- 3 So der von den Zapatisten übernommene Leitspruch von Attac. Vgl. auch Françoise Chesnais u.a. In: Widerspruch Heft 38, Globalisierung und Widerstand, 2. Aufl., Zürich
- 4 Die meisten dieser Gruppen sind auch Gründungsmitglieder von Attac Frankreich, dem sicherlich erfolgreichsten „start-up-Unternehmen“ in Sachen Antiglobalisierung. Über Attac werden gemeinsame Einzelkampagnen koordiniert, für die die unterschiedlichen Initiativen und Verbände ihre finanziellen, personellen und logistischen Ressourcen zur Verfügung stellen. Ansonsten bleiben die Gruppen jedoch autonom.
- 5 Initiativen wie S-EAU-S in Grenoble konnten bereits den Rückkauf der Wasserversorgung durch die Kommune durchsetzen.
- 6 Dies war der Titel von Ignacio Ramonets Gründungsartikel von Attac im Dezember 1997 in der *Le Monde diplomatique*.
- 7 Gegen die „sozialliberale Abweichung“ von D. Strauss-Kahn und L. Fabius organisierte sich im September 2002 der frühere Parteichef H. Emmanuelli mit seinen Gefolgsmenschen in der Bewegung „Neue Welt“.

Literatur

- Attac, 2002: ATTAC au Zénith. Manifeste 2002. In: <http://attac.org/fra/asso/doc/zenith07.htm>
- Bourdieu, P., 1998: Das Elend der Welt. Konstanz
- Bové, J./Dufour, F., 2000: *Le Monde n'est pas une marchandise*. Paris
- Cole, A., 1999: French Socialist in office: lessons from Mitterrand and Jospin. In: Modern and Contemporary France 7. Jg., Nr. 1
- Courtois, G., 2002: L'abstention du 9 juin révèle plus de désintérêt que de mécontentement. In: *Le Monde*, 15.06.2002
- George, S., 1999: A short history of neoliberalism, Conference on economic sovereignty in a globalising world Bangkok, Manuscript
- Grefe, C. et al., 2002: attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? Berlin
- Rosanvallon, P., 2002: Le projet social-démocrate est définitivement achevé. *Le Monde*, 26./27. mai
- Ross, G., 1998: French Social Democracy and the EMU, Oslo: ARENA Working Papers, WP 98/19
- Rucht, D., 2001: Von Seattle nach Genua. Event hopping oder neue soziale Bewegung, http://www.wz-berlin.de/ag/poem/pdf/dieter_rucht_seattle.pdf
- Steinhilber, J. 2000a: Die Grande Nation und das Haus Europa. Frankreichs widersprüchlicher Entwicklungsweg. Hamburg
- Steinhilber, J. 2000b: Im Zeichen der Zeit? Industrielle Beziehungen, Gewerkschaftspolitik und 35-Stunden-Woche in Frankreich – eine Zwischenbilanz. In: WSI-Mitteilungen 53. Jg., Nr. 4
- Steinhilber, J., 2002: Von der Seine nach Seattle – Globalisierungskritik in und aus Frankreich, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Frankreichjahrbuch 2002*, Opladen (i.E.)
- van der Pijl, K. 1997: The History of class struggle. From original accumulation to neoliberalism. In: Monthly Review 49. Jg., Nr. 1
- von Oppeln, S. 2002: Die Kohabitation ist besiegt – was nun? In: Dokumente für deutsch-französischen Dialog, Nr. 4